

Fürstentfeldbrucker Tagblatt vom 05.05.2011

... des Mittel

# Fernwärmestreit im Schwaigfeld bekommt neues Futter

## Gemeinde erhöht den Preis – Bürgervereinigung Schwaigfeld ruft dazu auf, die Abrechnung nicht zu bezahlen

**Olching** – Die Gemeinde hat den Fernwärmepreis erhöht. Das gibt der Bürgerinitiative Schwaigfeld (BüSch), die sich seit Jahren gegen Preiserhöhungen wehrt, neue Nahrung. Der Chef der BüSch, Michael Metschkoll, fordert die Bürger auf, die Abrechnung nicht zu bezahlen.

Am vergangenen Samstag haben die Schwaigfelder die Rechnung mit den erhöhten Preisen bekommen. Bezogen

auf ein Standard-Einfamilienhaus mit einem Jahresverbrauch von 15 Megawattstunden sind die Fernwärmepreise von 2009 auf 2010 um 12 Prozent gestiegen, teilt Metschkoll in einer Erklärung mit. Damit müsste ein solcher Haushalt rund 200 Euro mehr im Jahr bezahlen. Die stets von der BüSch hervorgesagten Preiserhöhungen sind somit eingetreten.

Die BüSch macht nun ge-

gen diese mobil und fordert die betroffenen Schwaigfelder dazu auf, die Abrechnung nicht zu bezahlen, zumindest so lange, bis eine nachvollziehbare Abrechnung vorliegt. Sollte man doch zahlen, so rät die Vereinigung dazu, dass nur unter Vorbehalt zu tun. Die BüSch wendet sich gegen die Erhöhung, da dieser keine entsprechenden Kostensteigerungen bei der Erzeugung oder dem Trans-

port der Fernwärme gegenüberstehen.

Mit der Preisgleit-Klausel in den Lieferverträgen hat die Gemeinde vereinbart, dass der Grundpreis jährlich erhöht wird. Der Arbeitspreis, also die Kosten für die Erzeugung der Fernwärme und den Unterhalt der Leitungen, wird dem Ölpreis angepasst. Dieser sei nun um 18,5 Prozent gestiegen, sagt Metschkoll.

Die Bindung des Fernwär-

mepreises an den Ölpreis kritisiert die BüSch schon lange. Denn diese sei nicht zulässig, so Metschkoll. Schließlich werde die Fernwärme als Abfallprodukt der Müllverbrennung gewonnen. Der Ölpreis sei also für den Wärmepreis absolut irrelevant.

Auch der Bundesgerichtshof habe Anfang April festgestellt, dass eine Ölpreisbindung nicht zulässig ist, wenn die Wärme nicht aus Öl ge-

wonnen wird. Zudem habe entschieden, dass die Erhöhung der Preise für den Kunden transparent sein muss. Die Berechnung der Gemeinde sei aber nicht nachvollziehbar, kritisiert Metschkoll.

Die Abrechnung soll Gegenstand des Prozesses gegen die Gemeinde werden, der die BüSch bereits führt. In Rathaus war gestern niemand für eine Stellungnahme zu erreichen gewesen.